

# magazin

für beamtinnen und beamte

**DGB**

## Die finanzielle Zukunft der Länder



### **Neuordnung der Finanzbeziehungen**

Interview mit Stefan Körzell

### **Öffentlichen Dienst stärken**

Ulla Jelpke (Die Linke)

### **Handbuch Dienstvereinbarung**

Literaturtipp für Personalräte

Ausgabe 09 11.09.2014  
[www.beamten-magazin.de](http://www.beamten-magazin.de)





## Für mich die Einzige

Banken gibt es viele. Aber die BBBank ist die einzige bundesweit tätige genossenschaftliche Privatkundenbank, die Beamten und Arbeitnehmern des öffentlichen Dienstes einzigartige Angebote macht. Zum Beispiel den B-Tarif für Bankleistungen. Außerdem betreiben wir eine konsequente Mitglieder-Mehrwert-Politik®. Als Selbsthilfeeinrichtung für den öffentlichen Dienst 1921 gegründet, verfolgen wir bis heute erfolgreich nur ein Ziel: Nutzen stiften für die Gemeinschaft unserer Mitglieder und Kunden. Mit **Direktbank** und wachsendem **Filialnetz** sind wir bundesweit für Sie da.

### Mehr Informationen? Gerne!

Tel. 0 800/40 60 40 160 (kostenfrei)  
oder [www.bbbank.de](http://www.bbbank.de)

**BB**  **Bank**

Die Bank für Beamte  
und den öffentlichen Dienst

## INHALT

**Titel**

Die finanzielle Zukunft der Länder 4

**Aus dem Bund**

7

**Gastbeitrag**

Von Ulla Jelpke, innenpolitische  
Sprecherin der Fraktion DIE LINKE.  
im Deutschen Bundestag 9

**Aus den Ländern**

10

**Aus den Gewerkschaften**

GEW-Kampagne für schulische Inklusion 15

**Service**

Schreibwettbewerb der EVG:  
25 Jahre Mauerfall 17

**Vermischtes**

18

## IMPRESSUM

Herausgeber: DGB-Bundesvorstand,  
Abteilung Beamte und Öffentlicher Dienst,  
Henriette-Herz-Platz 2, 10178 Berlin  
Verantwortlich für den Inhalt: Elke Hannack  
Redaktion: Lisa Kranz, Mirjam Muhs, Henriette Schwarz  
Verlag, Vertrieb und Anzeigenmarketing:  
INFO-SERVICE Öffentlicher Dienst/Beamte,  
Fuchslochweg 1, 74933 Neidenstein  
Telefon: 0211 72134571, Telefax: 0211 72134573,  
infoservice@beamten-informationen.de,  
www.beamten-magazin.de  
Gestaltung: SCHIRMWERK, Essen  
Titelbild: fotolia.de/vege  
Druck: Peter Pomp GmbH, Bottrop  
Erscheinungsweise: 10 mal im Jahr, im 21. Jahrgang  
Jahresbezugspreis: 19,50 Euro inkl. Zustellgebühr

Foto: Kay Hirschelmann

**Dr. Karsten Schneider**

Leiter der Abteilung Beamte  
und Öffentlicher Dienst beim  
DGB-Bundesvorstand

Liebe Leserin, lieber Leser,

Bürgerinnen und Bürger, aber auch die Wirtschaft wollen eine funktionierende Infrastruktur. Dazu gehören nicht nur Brücken, sondern auch Kitas, ausreichend Polizeidienststellen, eine wirksame Brandbekämpfung, gute Schulen und Hochschulen. Ohne die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes und ihre gute Arbeit kann es keine öffentliche Infrastruktur geben. Und gute Arbeit im öffentlichen Dienst gibt es auch nicht zum Nulltarif.

Insofern ist es ein Erfolg der DGB-Gewerkschaften, mit der Landesregierung in Nordrhein-Westfalen eine Anpassung der Besoldung auch für die Besoldungsgruppen ab A11 aufwärts vereinbart zu haben. Dass die NRW-Landesregierung überhaupt versucht hat, bei der Besoldung zu sparen, ist politisch ärgerlich, aber finanzpolitisch zu erklären. Die Finanzierung der Haushalte der Länder und Kommunen liegt im Argen. Die Landläufige Unterstellung, der öffentliche Dienst sei von Ressourcenverschwendung geprägt bzw. bürokratisch, lässt sich auch kaum belegen. Gerade der öffentliche Dienst in Deutschland liegt hinsichtlich seiner Personalstärke eher im unteren Mittelfeld. Die personalpolitischen Lücken werden immer offenkundiger. Wissend, dass gerade der öffentliche Dienst eine vergleichsweise ungünstige Altersstruktur hat und dass der Krankenstand – als Ausweis besonderer Belastungen – außerordentlich hoch ist, bestehen für den öffentlichen Arbeitgeber große Herausforderungen.

Der öffentliche Dienst hat die Aufgabe, für gleichwertige Lebensverhältnisse zu sorgen. Dies kann nur mit einem bedarfsgerechten Haushaltsaufkommen gelingen. Der Finanzausgleich zwischen den Ländern, aber auch zwischen dem Bund und den Ländern, wird dieser Aufgabe nicht mehr gerecht. Das vorliegende Heft befasst sich schwerpunktmäßig mit der Frage nach einer Neuordnung der Finanzbeziehungen. Auf Seite 5 finden sich dazu Antworten unseres Vorstandsmitglieds Stefan Körzell.

Mit freundlichen Grüßen





Foto: fotolia.de/franjo

# Die finanzielle Zukunft der Länder

Im Zuge der Landesbesoldungsrunde 2013/2014 bekamen Beamtinnen und Beamte in zahlreichen Bundesländern die finanziellen Nöte ihrer Bundesländer besonders stark zu spüren. Zahlreiche Länder wichen vom Grundsatz „Besoldung folgt Tarif“ ab. Sie übertrugen das Tarifergebnis für die Beschäftigten im öffentlichen Dienst zeitlich verschoben, inhaltlich verändert oder gar beides. Es liegt nahe, anzunehmen, dass sie auf diesem Weg versuchten, ihre verschuldeten Haushalte zu entlasten. War diese Besoldungsrunde nur der Vorgeschmack auf die Zeit mit einer Schuldenbremse für die Länder?

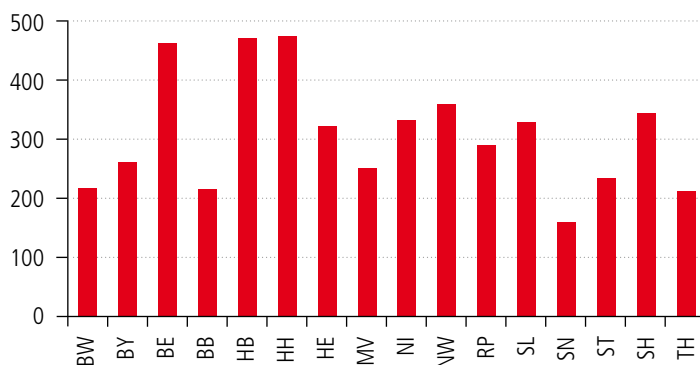
## Aufgaben und Ausgaben der Länder

Neben den Ausgaben für Personal etwa an Schulen und Hochschulen, in Polizeibehörden und im Justizbereich, sowie für Investitionen zur Erhaltung der Infrastruktur, sind die Ausgaben für Sozialleistungen wie die Sozialhilfe ein weiteres Beispiel für die Aufgabenerfüllung der Länder. Die Bedarfe der Länderhaushalte für die Erfüllung ihrer Aufgaben differieren dabei. Am Beispiel der Ausgaben für Sozialhilfe pro Einwoh-

ner wird dies gut ersichtlich (siehe Abb. 1). Starke Unterschiede gibt es auch bei der Pro-Kopf-Verschuldung der Länder (siehe Abb. 2). Die Abweichungen in den Daten lassen Konsequenzen der Schuldenbremse erahnen, die ab 2020 alle Länder zu ausgeglichenen Haushalten verpflichtet. Der DGB warnt vor Haushaltskürzungen. Diese würden die öffentliche Daseinsvorsorge, eine nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung und letztlich den Erhalt und die Entstehung zukunftsfä-

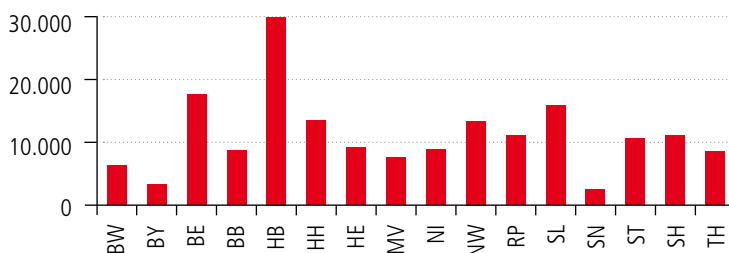
higer Arbeitsplätze gefährden. In seinem diesjährigen Beschluss „Für einen handlungsfähigen Staat und eine gerechtere Steuerpolitik“ vom 20. Ordentlichen Bundeskongress hebt der DGB die Bedeutung der öffentlichen Daseinsvorsorge besonders hervor. „Ein aktiver Staat gewährleistet im Rahmen der öffentlichen Daseinsvorsorge bei Bildung, Gesundheit, Forschung, innere Sicherheit, Wasserversorgung, Wohnungsbau und Mobilität die Teilhabe aller Gesellschaftsschichten sowie Regionen und trägt so zu einer besseren wirtschaftlichen Entwicklung mit guten Arbeitsbedingungen bei. Soziale Sicherungssysteme, öffentliche Daseinsvorsorge und innere Sicherheit sind die Basis für ein gutes und sicheres Leben der Bürgerinnen und Bürger.“ Die unterschiedlichen Finanzbedarfe der Länder für die Erfüllung ihrer Aufgaben und der unterschiedliche Schuldenstand führen damit auch zur Frage nach der Zukunft des Länderfinanzausgleichs.

**Abb. 1: Nettoausgaben der Länder für die Sozialhilfe je Einwohner 2012 (in Euro)**



Quelle: Statistisches Bundesamt

**Abb. 2: Pro-Kopf-Verschuldung der Bundesländer 2012 (in Euro)**



Quelle: Statistisches Bundesamt

### Einheitlichkeit der Lebensverhältnisse?

Die Vorstellung, dass alle Einwohnerinnen und Einwohner – unabhängig von ihrem Wohnort – weitestgehend einheitliche Lebensverhältnisse vorfinden sollen, ist in Deutschland fest im Grundgesetz verankert. Der dort beschriebene Finanzausgleich, der zwischen den Ländern, zwischen dem Bund und den Ländern und innerhalb eines Landes für die Kommunen erfolgt, verfolgt das Ziel, die Einheitlichkeit der Lebensverhältnisse im gesamten Bundesgebiet herzustellen. So wird das unterschiedliche Niveau der Einnahmen und der Bedarfe der Länderhaushalte nivelliert. Nun soll bis 2019 ein neues Konzept zum Länderfinanzausgleich ausgehandelt werden, da die beiden maßgeblichen Gesetze zur Regelung des Finanzausgleichs zum 31. Dezem-



Interview mit  
Stefan Körzell,  
Mitglied des  
Geschäftsführenden  
DGB-Bundesvorstandes

## Neuordnung der Finanzbeziehungen

**magazin //** Weil der bisherige Länderfinanzausgleich Ende 2019 ausläuft, sind die föderalen Finanzbeziehungen neu zu regeln. Welche Ziele muss ein reformierter Länderfinanzausgleich verfolgen?

**Stefan Körzell //** Der vom DGB Bundeskongress angenommene Antrag „Für einen handlungsfähigen Staat“ benennt von der Bildung bis zum Wohnungsbau, wo in Deutschland dringender Handlungsbedarf besteht. Es geht uns dabei um den Erhalt und Ausbau einer lebenswerten und zukunftsfesten Industrie- und Dienstleistungsgesellschaft. Da dies für den Bund sowie alle Länder und Kommunen mit großen finanziellen Herausforderungen verbunden ist, ist ein wesentliches Ziel, dass die reformierten Finanzbeziehungen weder den Bund noch die anderen Gebietskörperschaften finanziell schlechter stellen dürfen als vorher – im Gegenteil. Dabei liegt auf der Hand: Die Reform wird nur so erfolgreich sein, wie es gelingt über eine Einnahmensteigerung mehr Geld ins System zu bringen.

**magazin //** Welche Rolle spielt die Schuldenbremse bei der Neuordnung des Länderfinanzausgleichs?

**Stefan Körzell //** Während dem Bund ab 2020 noch ein gewisser Spielraum bei der strukturellen Verschuldung verbleibt, wird dieser den Ländern dann völlig versagt sein. Zudem hat der Bund – im Gegensatz zu den Ländern – wesentlich größere Möglichkeiten seine Einnahmen zu steuern. Daher muss bei einer Neuordnung der Finanzbeziehungen ganz besonders darauf geachtet werden, alle Länder dauerhaft in die Lage zu versetzen die Schuldenregeln ohne weitere Ausgabenreduzierungen einzuhalten. Denn: Neben der Schuldenbremse ist auch zu beachten, dass uns das Grundgesetz zur Wahrung der Einheitlichkeit



der Lebensverhältnisse im gesamten Bundesgebiet und auf einen Sozialstaat verpflichtet.

Gerade letzterer wird maßgeblich durch die Sozialversicherungen gewährleistet. Die Schuldenbremse gepaart mit der Weigerung das oberste eine Prozent der Bevölkerung stärker zu besteuern, geben aber Anlass zu der Befürchtung, dass der Griff in die Sozialkassen für versicherungsfremde Ausgaben – wie aktuell bei der Mütterrente – nicht die Ausnahme bleiben wird. Das Beste wäre daher, die Schuldenbremse im Grundgesetz um die Pflicht zur aufgabenadäquaten Steuererhebung zu ergänzen.

**magazin //** Mit welchen Aktivitäten werden DGB und Gewerkschaften die Verhandlungen über einen neuen Finanzausgleich begleiten?

**Stefan Körzell //** Auf allen gewerkschaftlichen Ebenen werden wir intensiver die Diskussion darüber führen müssen, was unser konkretes Verständnis von einer „aufgabengerechten Finanzausstattung“ der öffentlichen Haushalte ist. Je stichhaltiger dieses Verständnis ist, umso besser werden wir dann z. B. in den kommenden Landtagswahlkämpfen hinterfragen können, wie sich die Parteien einen solide und solidarisch ausfinanzierten Bundesstaat vorstellen. Ich gebe zu, dass ich dabei besonders auch an die Union denke, die gerne den Eindruck erweckt die Einhaltung der Schuldenbremse, wie auch die Finanzierung des Sozialstaats und der öffentlichen Investitionen, seien problemlos zu stemmen ohne Hocheinkommensbezieher, große Vermögen und üppige Erbschaften stärker in die Pflicht zu nehmen.

ber 2019 außer Kraft treten (siehe Interview mit Stefan Körzell). Im jetzigen System leistet der Bund mit den Bundesergänzungszuweisungen einen vertikalen Ausgleich an Nehmerländer, die auch nach dem Länderfinanzausgleich mit ihren Einnahmen unter dem Durchschnitt aller Länder bleiben. Die grundsätzliche Problematik ist aber, dass der Einfluss der Länder auf ihre Einnahmequellen sehr begrenzt ist. Zugleich haben sie beispielsweise auch noch einen viel höheren Anteil an Ausgaben für Personal aus ihren Haushalten zu bestreiten als der Bund, da personalintensive öffentliche Dienstleistungen – wie etwa die Bildung – Ländersache sind.

**Auf die Einnahmen kommt es an**

Der DGB will die Handlungsfähigkeit des Staates auf Bundes-, Länder- und kommunaler Ebene stärken. Deshalb schlägt er unter anderem einen Wechsel in der Steuerpolitik vor. „Die Behauptung, wir könnten uns gute Schulen, menschenwürdige Pflegeplätze oder bezahlbare Wohnungen und öffentlichen Nahverkehr nicht mehr leisten, ist vor dem Hintergrund der Steuersenkungen der letzten Jahre und des extrem wachsenden Reichtums immer unglaubwürdiger“, so heißt es im Beschluss. „Eine stärkere Besteuerung hoher Einkommen und Vermögen ist nur folgerichtig, damit Spitzenverdiener, Vermögende und Unternehmen ihrer Leistungsfähigkeit entsprechend an den Kosten der Finanzkrise und der Finanzierung des demokratischen Gemeinwesens beteiligt werden.“ Zu den DGB-Vorschlägen zählen die Erhöhung des Spitzensteuersatzes und der Einnahmen aus der Erbschaftsteuer, die Wiedereinführung der Vermögensteuer, die Rückkehr zu einem Körperschaftsteuersatz von 25 auf 15 Prozent, eine wirksame Finanztransaktionssteuer und ein entschlossener Kampf gegen Steuerflucht und Steuerhinterziehung.



# Das RentenPlus

Unsere Riester-Rente mit dem zusätzlichen Plus für Gewerkschaftsmitglieder

Riester-Rente + DGB-Vorteil = Das RentenPlus

[www.das-rentenplus.de](http://www.das-rentenplus.de)





## Postnachfolgeunternehmen

### Alles Gute zum Jubiläum?

Vor genau 20 Jahren wurde mit den beiden Postreformen die Deutsche Bundespost aufgelöst. Aus ihr gingen mit den Aktiengesellschaften Deutsche Telekom, Deutsche Post und Deutsche Postbank die drei sogenannten Postnachfolgeunternehmen hervor, an denen der Bund mittlerweile allenfalls noch Minderheitsbeteiligungen hält. Nun legte das Bundesministerium der Finanzen mit dem Entwurf eines Gesetzes zur Weiterentwicklung des Personalrechts der Beamtinnen und Beamten der früheren Deutschen Bundespost einen „Plan“ vor, der laut Ministerium die Rechtslage an die veränderten Gegebenheiten und Bedürfnisse anpassen soll. So soll das Postpersonalrechtsgesetz um die Möglichkeit einer Beleihung privater Unternehmen mit der Wahrnehmung der dem Dienstherrn Bund obliegenden Rechte und Pflichten erweitert werden. Bislang ist eine solche Übertragung der Dienstherrnbefugnisse nur auf die drei Postnachfolgeunternehmen möglich. Künftig sollen diese auch deren Tochterunternehmen ausüben dürfen. Darüber hinaus ist in Angleichung an den Tarifbereich auch für die BeamtInnen die Möglichkeit der Ansparung von Arbeitszeitguthaben auf personenbezogene Lebensarbeitszeitkonten vorgesehen. Während letzteres seitens des DGB begrüßt wird, spricht er sich insbesondere aus verfassungsrechtlichen Gründen gegen die Möglichkeit der Übertragung der Dienstherrnbefugnisse auf die Tochterunternehmen aus. Die Definition einer Tochtergesellschaft als Aktiengesellschaft im Sinne des Personalrechtsgesetzes und damit verbunden die Übertragung der Dienstherrnbefugnis auf diese, stelle eine Verletzung des Artikel 143 b Absatz 3 Grundgesetz dar. Weder dessen Wortlaut noch dessen Entstehungsgeschichte lassen darauf schließen, dass der Verfassungsgeber 1994 eine derartige Ausweitung gewollt hätte. Das Beteiligungsgespräch findet in der zweiten Septemberwoche statt.

## Bund

### Von Dienstunfähigkeit bis Urlaubsabgeltung

Erweiterte Zugangsvoraussetzungen zum höheren Dienst, neue Laufbahn statt Dienstunfähigkeit oder auch Abgeltung des unionsrechtlichen Jahresmindesturlaubs. Um diese und andere Punkte geht es im Gesetzentwurf zur Änderung des Bundesbeamtengesetzes und weiterer dienstrechtlicher Vorschriften. So ist in dem vom Bundesministerium des Innern vorgelegten Entwurf vorgesehen, die Zugangsvoraussetzungen zum höheren Dienst derart zu erweitern, das künftig auch eine inhaltlich dem Vorbereitungsdienst entsprechende Ausbildung und eine inhaltlich der Laufbahnprüfung entsprechende Prüfung genügen. Der DGB begrüßte diese Regelung im Rahmen des Beteiligungsverfahrens, forderte jedoch zugleich auch entsprechende ausländische Aus-

bildungen und Prüfungen mit aufzunehmen. Darüber hinaus ist geplant, dass für BeamtInnen, die wegen Dienstunfähigkeit in den Ruhestand versetzt werden müssten, ein Laufbahnwechsel verbunden mit der Versetzung in ein Amt mit geringerem Endgrundgehalt bei Beibehaltung der bisherigen Bezüge möglich sein soll. Dies ist bereits geltende Rechtslage, die Regelung läuft allerdings zum Jahresende aus. Das damit verfolgte Ziel „Rehabilitation vor Versorgung“ werde zwar seitens des DGB unterstützt, doch seien dabei nicht nur beamtenrechtliche Aspekte, sondern auch emotionale Gesichtspunkte zu berücksichtigen. Aus diesem Grund stelle dieses Vorgehen allenfalls ein letztes Mittel dar. Zudem regte der DGB an, den Betroffenen zumindest die Weiterführung ihrer Amtsbezeichnung mit dem Zusatz a. D. zu ermöglichen. Ein weiterer Punkt des Gesetzentwurfs stellt die Ergänzung der Erholungsurlaubsverordnung dar. Urlaubstage, die

krankheitsbedingt bis zur Beendigung des Beamtenverhältnisses nicht realisiert werden konnten, sind demnach abzugelten. Der DGB befürwortet die Ergänzung der Erholungsurlaubsverordnung, mit welcher der Normgeber die Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs und des diesem folgenden Bundesverwaltungsgerichts nachvollzieht. Allerdings machte der DGB auch deutlich, dass sich der Abgeltungsanspruch nicht nur auf den unionsrechtlich gewährten Jahresmindesturlaub beschränken, sondern auch den Schwerbehindertenzusatzurlaub gemäß § 125 SGB IX einbeziehen sollte.





## Bund

### Bundesbehörden in finanzieller Notlage

Bundesbehörden wie der Zoll, das Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe oder auch die Bundesnetzagentur sind zum Sparen angehalten. Grund dafür ist ein Beschluss des Bundestages im Juli dieses Jahres. Demnach dürfen die Bundesbehörden nicht auf Gelder zurückgreifen, die sie im Vorjahr nicht verbraucht haben. Damit will die Bundesregierung ihr selbst gestecktes Ziel der Haushaltskonsolidierung erreichen. Folge dieser Sparpolitik sind Löcher in den Kassen einiger Bundesbehörden in Millionenhöhe. Davon betroffen ist insbesondere die Bundespolizei, die rechnerisch zahlungsunfähig sein soll. Die Personalausgaben für die fast 38.000 Beschäftigten seien zwar nicht tangiert, doch

komme es bereits zu Verzögerungen bei der Erstattung der Mietkosten für Dienstwohnungen. Zudem würden Arbeitsbesprechungen und Tagungen oder auch Dienstreisen abgesagt. Die GdP forderte die Bundesregierung in der Vergangenheit mehrfach auf, die Unterfinanzierung der Sicherheitsbehörden zu beenden. „Eine Entlastung durch die Bundesregierung ist nicht spürbar. Im Gegenteil, die Mangolverwaltung verschärft sich. Die Folgen einer Politik der „schwarzen Null“ lässt eine Aufgabenwahrnehmung nur nach Kassenlage zu“, so der Vorsitzende der GdP Bundespolizei, Jörg Radek.

## Bahn

### Anpassung der Schichtzulage

Zum 1. Oktober 2013 trat die novellierte Erschwerniszulagenverordnung in Kraft. Damit

wurde die Schicht- und Wechselschichtzulage von der Zulage für Dienst zu wechselnden Zeiten abgelöst. Dies gilt allerdings nicht für die BeamtInnen des Bundeseisenbahnvermögens sowie der Postnachfolgeunternehmen. Auf sie ist weiterhin die alte Regelung anzuwenden. Allerdings mit der Neuerung, dass das Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur (BMVI) im Einvernehmen mit dem Bundesministerium der Finanzen sowie des Innern die Zulage um maximal 10 Prozent erhöhen kann. Seitens des Dienstherrn war eine Anhebung um 5 Prozent geplant. Dies genügte jedoch weder den Personalräten noch der EVG. Nun hat das BMVI Einlenken signalisiert und eine sogenannte Besondere Erschwerniszulagenverordnung in Aussicht gestellt. Die EVG mahnt eine deutliche Anpassung an und dringt auf das zeitnahe Vorlegen eines konkreten Verordnungsentwurfs.

Debeka

Lebensversicherungsverein a. G.

Traditioneller Partner des öffentlichen Dienstes



## Kennen Sie Ihre Versorgungsansprüche ?

– bei Dienstunfähigkeit durch Krankheit oder Dienstunfall und im Ruhestand

Die oftmals komplizierten Regelungen der Beamtenversorgung sind nicht immer leicht zu verstehen. Wir berechnen daher für Sie Ihre individuellen Versorgungsansprüche und bieten für Ihren persönlichen Bedarf die passenden Lösungen.

Sprechen Sie uns an, wir informieren Sie gerne.

anders als andere

Info  
(02 61) 4 98-0  
[www.debeka.de](http://www.debeka.de)

Debeka



# Öffentlichen Dienst stärken, öffentlichen Sektor ausbauen

Foto: DIE LINKE Bundestagsfraktion



Ulla Jelpke, innenpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE. im Deutschen Bundestag

Bis zum Jahr 2025 werden allein in Berlin 5.000 Angestellte des öffentlichen Dienstes in den Ruhestand gehen. Die Berliner Tageszeitungen schreiben von einem drohenden „Kollaps“ des öffentlichen Dienstes. Wer mit Berliner Behörden zu tun hat weiß: es ist jetzt schon kurz davor. Fehlen irgendwo Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter krankheitsbedingt, kann ihr Ausfall durch die immensen Personalkürzungen der vergangenen Jahre nicht aufgefangen werden. Ob Elterngeldstelle, Bauämter, BAFÖG-Stellen – überall bekommen die Bürgerinnen und Bürger die Folgen dieser Politik zu spüren.

Mit dem Personalabbau geht auch der Abbau von Ausbildungsstellen einher. Junges Personal fehlt also nicht nur jetzt – es ist auch gar nicht absehbar, wer die eines Tages frei werdenden Positionen besetzen soll. Es droht der weitere Verlust von Qualifikationen im öffentlichen Dienst. Das einzige Ministerium im Bund, das diese Gefahr übrigens rechtzeitig erkannt hat, ist das Bundesfinanzministerium. Dort wird über den Bedarf ausgebildet – „demografische Reserve“ nennt sich dieses Konzept. Ausgerechnet jenes Haus, das Personalabbau in anderen Ministerien und Behörden durchsetzt, schützt sich also selbst vor den Folgen dieser Politik. Damit wenigstens Personal vorhanden ist, um die nächsten Bankenrettungen abzuwickeln, während das Geld an anderer Stelle fehlt. Denn dort liegt der Hase im Pfeffer: der Verzicht auf Einnahmen aus der Besteuerung von Vermögen und Spitzenverdiensten lässt die öffentlichen Haushalte ausbluten. In den letzten 15 Jahren sind der öffentlichen Hand dadurch 484 Milliarden Euro entgangen, wie das Ins-

titut für Makroökonomie und Konjunkturforschung der Hans-Böckler-Stiftung errechnet hat. Dadurch fehlen nicht nur Mittel für Personal und Qualifikation. Nach der gleichen Studie besteht allein in den Kommunen ein Investitionsstau von etwa 102,6 Milliarden Euro.

Dieser Investitionsstau kann nicht durch Übertragung von öffentlichen Aufgaben in private Hände gelöst werden. Renditeorientierte Privatunternehmen fahren die Infrastruktur auf Verschleiß – die Schulden, die dadurch heute gespart werden, kommen dann um ein Vielfaches auf kommende Generationen zu. Das komplett marode Wassernetz in London ist dafür ein mahnendes Beispiel.

Die Elemente eines notwendigen Kurswechsels liegen auf der Hand: die Einnahmesituation von Bund, Ländern und Kommunen muss verbessert werden. Schon eine fünfprozentige Vermögenssteuer würde 80 Milliarden jährlich in die Kassen spülen. Statt weiterer Privatisierungen brauchen wir einen Ausbau des öffentlichen Sektors. Investitionen in Infrastruktur und Bildung, Gesundheit, Pflege und Kultur schaffen Arbeitsplätze mit regulären, tariflichen Bedingungen und garantierter Mitbestimmung. Wir wollen ein neues Dienstrecht, das die Arbeitsbedingungen der Beschäftigten in allen Bereichen des öffentlichen Dienstes vereinheitlicht. Dazu gehört auch, Status und Verdienst klassisch „weiblicher“ Arbeitsfelder zu erhöhen. Gute Arbeitsbedingungen und Ausbau der Mitbestimmung steigern die Motivation der Beschäftigten. Zu diskutieren bleibt, wie zugleich demokratische Kontrolle und Transparenz erhöht werden können.

## Baden-Württemberg

### Wider den demografischen Wandel

Im vergangenen Schuljahr wurden an den öffentlichen allgemeinbildenden und beruflichen Schulen des Landes gut 1,4 Millionen SchülerInnen unterrichtet. Zwar setzte sich damit der Abwärtstrend fort, doch nach aktuellen Berechnungen des Statistischen Landesamtes wird der Rückgang der Schülerzahlen bis zum



Schuljahr 2020/2021 geringer ausfallen als bisher angenommen. So werden sie an den Grundschulen bis 2018/2019 voraussichtlich nur noch leicht sinken und dann sogar wieder leicht ansteigen. Die GEW-Vorsitzende Baden-Württembergs, Doro Moritz, sagte angesichts

» AUF DEN ANFANG  
KOMMT ES AN «

der Zahlen: „Es ist erfreulich, dass vor allem durch die Familien, die neu in unser Land kommen, mehr Schülerinnen und Schüler erwartet werden. Die Landesregierung muss ihr

Motto „Auf den Anfang kommt es an“ ernst nehmen und die Grundschulen besser unterstützen. Die zusätzlichen Stellen für Vorbereitungsklassen sind hier ein wichtiges Zeichen.“ Die in diesem Jahr erstmals vorgenommene Modellrechnung soll nach Auskunft des Landesamtes nun jährlich erfolgen.

## Bayern

### Blau statt Khaki?

Bayerns PolizistInnen erhalten Ende 2016 eine neue Ausstattung. Statt Khaki und Senfgelb könnte es dann Blau und Weiß heißen. Insbesondere die Beamtinnen dürften sich darüber freuen. Während sich der Designer des derzeitigen Modells ausschließlich an Männerfiguren orientierte, sind die nun getesteten elf blauen Modelle auf beide Geschlechter zugeschnitten. Die derzeit laufende achtmonatige Erprobungsphase mit 500 TeilnehmerInnen endet im März 2015. Danach wird entschieden, welches der Modelle zukünftig seinen Dienst leisten und ob Khaki tatsächlich ausgedient haben wird.

## Berlin

### Konzept gegen Überalterung lässt auf sich warten

Der öffentliche Dienst Berlins ist überaltert. Aus diesem Grund hat das Abgeordnetenhaus den Berliner Senat aufgefordert, ein Konzept zum Personalbedarf und zur Personalentwicklung im öffentlichen Dienst vorzulegen. Zwar ist noch unklar, wann dieses beschlossen wird, doch bestätigen die aus einem Bericht der federführenden Senatsfinanzverwaltung hervorgehenden Zahlen die Brisanz der Lage. Von den 111.512 BeamtInnen und Angestellten der Senats- und Bezirksverwaltungen waren im Januar dieses Jahres 4.850 jünger als 30, während 19.000 mindestens das 60. Lebensjahr erreicht hatten. Das Durchschnittsalter liegt damit – unverändert seit 2012 – bei 49,3 Jahren. Klar ist, dass bis 2020 jeder vierte Mitarbeiter wegen Erreichens der Altersgrenze aus dem öffentlichen Dienst ausscheiden wird. Der DGB Berlin-Brandenburg fordert angesichts dieser Situation eine ehrliche Perso-

naldebatte. Es bedürfe einer Ausbildungs- und Einstellungsoffensive im öffentlichen Dienst. Beim Wettbewerb um die Fachkräfte müsse Berlin fair bezahlen, denn das niedrige Besoldungsniveau der Stadt erweise sich als Einstellungshemmnis. Zudem müsse der Wissenstransfer von Alt zu Jung gewährleistet sein, das künftige Personalmanagement sei in einer Verwaltung zu konzentrieren und bei der Personalentwicklungspolitik sei Transparenz vonnöten, so der DGB.

## Brandenburg

### Erschwerniszulagen neu geregelt

Die brandenburgische Landesregierung hat die Novellierung der Erschwerniszulagenverordnung und damit die Anhebung der Zulagen für den Dienst zu ungünstigen Zeiten beschlossen. Dabei konnte die GdP durchsetzen, dass die sogenannten Nachtstunden, anders als in den vorangegangenen Entwürfen vorgesehen, weiterhin um 20 Uhr beginnen. Auch die Zulagen für besondere polizeiliche Einsätze wurden erhöht und den Zulagensätzen des Bundes angenähert. Darüber hinaus gibt es künftig eine Zulage für Tatbeobachter in einer Beweissicherungs- und Festnahmeinheit sowie Zulagen für die Tätigkeit in einer mobilen Fahndungseinheit der Polizei. Die Regelungen gelten rückwirkend zum 1. Januar bzw. 1. August dieses Jahres.

## Bremen

### DGB: Senat muss bei Besoldung handeln

Der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften des öffentlichen Dienstes forderten nach dem Urteil des Verfassungsgerichtshofs Nordrhein-Westfalen den Bremer Senat auf, umgehend die gesetzgeberischen Schritte in die Wege zu leiten, um die Besoldung der hanseatischen BeamtInnen entsprechend des Tarifabschlusses 2013 für den öffentlichen Dienst der Länder rückwirkend zum 1. Juni 2013 zu erhöhen. Gegen den massiven Protest der BeamtInnen und ihrer Gewerkschaften habe der Bremer Gesetzgeber evident gegen das Alimentationsprinzip verstoßen, da er die Erhöhung der



Grundgehaltssätze für die Besoldungsgruppen A11 und A12 nicht auf 2 Prozent für zwei Jahre hätte beschränken und nicht ab Besoldungsgruppe A13 auf jede Erhöhung verzichten dürfen. Da der Gesetzgeber verpflichtet sei, auch die Bezüge der BeamtInnen an eine positive Entwicklung der wirtschaftlichen und finanziellen Verhältnisse anzupassen, gebe es keinen sachlichen Grund für eine derartige Ungleichbehandlung. Die DGB-Vorsitzende Annette Düring warnte: „Die Grundgehälter der bremischen Beamtinnen und Beamten sind kein Spielball zur Haushaltskonsolidierung. Der Bremer Senat hat jetzt die Chance, schnell zu reagieren. Dann käme er mit einem blauen Auge davon“.

## Hamburg

### GdP: Personalnot gefährdet Verkehrssicherheit

Die GdP Hamburg mahnte die personelle Unterbesetzung der Dienstgruppen der Verkehrsstaffeln an. Diese sei mittlerweile Lichtjahre von den vorgesehenen Soll-Stärken entfernt. Damit sei die professionelle und bürgernahe Verkehrssicherheitsarbeit in Hamburg nicht mehr durchführbar. „Mit der Einrichtung einer eigenständigen Verkehrsdirektion wurde in Hamburg erstmals dem hohen Stellenwert der

Verkehrssicherheitsarbeit Rechnung getragen. Andere Bundesländer haben es kopiert – und was macht Hamburg? Eine Umorganisationsrolle rückwärts, die sich bitter auswirkt! Aktionen, die kurzfristig und mit erheblichem Aufwand öffentlichkeitswirksam aus dem Boden gestampft werden, werden die Defizite in der Verkehrssicherheitsarbeit nicht mehr länger überdecken können. Während der Sportsenator über olympische Spiele fabuliert, lässt der Innensenator seine Hausaufgaben liegen“, so Gerhard Kirsch, Landesvorsitzender der GdP.

## Hessen

### GEW analysiert hessische Besoldungsentwicklung

In Hessen sollen die Bezüge der BeamtInnen bis Mitte 2016 nicht mehr erhöht werden. Danach ist eine jährliche Steigerung um 1 Prozent geplant. So sieht es der Koalitionsvertrag vor. Angesichts dessen zeigt die GEW Hessen auf, welche Folgen die Umsetzung dieser Pläne nach sich ziehen würden: Geht man für die nächsten vier Jahre von der durchschnittlichen Entwicklung der Tarifentgelte der letzten 12 Jahre aus, zeige sich eine deutliche, dauerhafte und mit den Jahren nach 2004 vergleichbare Abkopplung der Gehälter von denen der Tarifbeschäftigten anderer Branchen. Bis 2018

würde der Unterschied zur gesamten Wirtschaft auf 16 Prozentpunkte angewachsen sein, zum Investitionsgütergewerbe sogar auf 23 Prozentpunkte. Damit würde das Gehalt einer Studienrätin (A13) im Vergleich zu dem eines tariflich bezahlten Beschäftigten in der Investitionsgüterindustrie (z. B. Maschinenbau) zwischen 2001 und 2018 um monatlich 890 bis 1.135 Euro geringer ausfallen, zum durchschnittlichen Tarifbeschäftigten um 620 bis 790 Euro. Die schwarz-grüne Landesregierung müsse sich fragen lassen, wie sie die gesellschaftliche Abwertung der hessischen Beschäftigten begründen will, so die GEW.

## Mecklenburg-Vorpommern

### Pensionswelle rollt

Die GdP warnt vor einem drastischen Personalmangel bei der Landespolizei. Bis 2020 werden nach Angaben des Innenministeriums von den rund 6.000 PolizistInnen mehr als 1.100 Beschäftigte pensioniert werden. Dennoch treibt die Landesregierung die Stelleinsparungen voran. Die Personalplanung

**» EINEN POLIZISTEN GIBT ES NICHT FERTIG VON DER STANGE. POLIZISTEN WERDEN DREI JAHRE LANG INTENSIV AUF IHREN BERUF VORBEREITET «**

sieht von 2000 bis 2015 die Streichung von rund 1.000 Planstellen vor, in dem weniger Neueinstellungen erfolgten bzw. erfolgen. Nach Ansicht der GdP seien diese jetzt jedoch dringend erforderlich. „Einen Polizisten gibt es nicht fertig von der Stange. Polizisten werden drei Jahre lang intensiv auf ihren Beruf vorbereitet. Deshalb muss jetzt gegengesteuert werden damit die anstehende Pensionierungswelle durch Neueinstellungen ausgeglichen wird“, mahnt GdP-Landesvorsitzender Christian Schumacher. Als zusätzlich problematisch könnte sich die sinkende Bewerberzahl erweisen. Während 2011 noch 2.000 BewerberInnen zur Landespolizei wollten, waren es in diesem Jahr für die 144 freien Stellen noch 1.473.



Foto: Eduard Fiegele

## Niedersachsen

---

### DGB: Entlastungen auch für Pensionäre

Der DGB Niedersachsen bedauert, dass die niedersächsische Landesregierung die abschlagsfreie Rente mit 63 nach 45 Versicherungsjahren nicht inhaltsgleich auf die LandesbeamtInnen übertragen will. Der DGB-Landesvorsitzende Hartmut Tölle hatte bereits Anfang Juni den niedersächsischen Finanzminister Peter-Jürgen Schneider aufgefordert, mit dem DGB Gespräche über eine Übertragung der vom Bundestag beschlossenen Leistungsverbesserungen im Rentenrecht zu führen. In der Antwort auf eine Anfrage dreier FDP-Landtagsabgeordneter äußert sich der Finanzminister nun skeptisch hinsichtlich der Möglichkeit, die aktuellen rentenrechtlichen Änderungen auch in der Versorgung vorzusehen. Die beim DGB für Beamtenfragen zuständige Abteilungsleiterin Lea Arnold erklärte dazu: „Es ist unfair, Beamtinnen und Beamte von Verbesserungen in der Alterssicherung auszuschließen. Im Dialog mit dem DGB und seinen Gewerkschaften muss die Landesregierung klären, wie die Regelungen im Detail im Versorgungsrecht umgesetzt werden können. Niedersachsen muss mit gutem Beispiel vorangehen, andere Länder sollten dann nachziehen“.

## Nordrhein-Westfalen

---

### Verhandeln statt verordnen

Der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften haben sich mit der Landesregierung Nordrhein-

Westfalens auf die Anpassung der Bezüge der LandesbeamtInnen ab Besoldungsgruppe A11 für die Jahre 2013 und 2014 geeinigt. 2013 erhöhen sich demnach die Bezüge ab A11 rückwirkend um 1,5 Prozent sowie einen Festbetrag von 30 Euro pro Monat (369 Euro jährlich). Die Anpassung erfolgt für A11 und A12 rückwirkend um vier Monate verschoben zum 1. Mai 2013 und ab A13 um acht Monate verzögert zum 1. September 2013. In 2014 beträgt die prozentuale Erhöhung 1,5 Prozent. Hinzu kommt ein Festbetrag in Höhe von 40 Euro pro Monat (492 Euro jährlich). Die Anpassung erfolgt wie 2013 (rückwirkend) zum 1. Mai bzw. ab A13 zum 1. September. Der Abschlag von 0,2 Prozentpunkten pro Jahr wird wie bisher vorgenommen und der Versorgungsrücklage zugeführt. „Insgesamt zeigt sich, dass sich der harte Konflikt, den die Beamtinnen und Beamten im vergangenen Jahr mit der Landesregierung geführt haben, gelohnt hat. Die Landesregierung hat gelernt, dass Verhandlungen mit den Gewerkschaften zu besseren und verfassungskonformen Lösungen führen“, sagte der DGB-Vorsitzende und Verhandlungsführer der Gewerkschaften, Andreas Meyer-Lauber.

## Rheinland-Pfalz

---

### Mit Unterschriften gegen die 67

Wie bereits in der letzten Ausgabe des Magazins für Beamtinnen und Beamte berichtet, soll ab 2016 auch in Rheinland-Pfalz die Altersgrenze stufenweise angehoben werden. BeamtInnen ab dem Geburtsjahr 1963 müssten damit bis zu ihrem 67. Lebensjahr Dienst

leisten. Die GEW ruft nun zu einem Protest gegen die Verlängerung der Lebensarbeitszeit auf. Im Rahmen einer Unterschriftenaktion sollen Betroffene dem Gesetzgeber ihren Unmut über die Pläne deutlich machen. Die Gewerkschaften hätten von Ministerpräsidentin Malu Dreyer erwartet, dass mit ihnen vor Erstellung eines Gesetzentwurfs zumindest über Detailfragen verhandelt wird. Ihre Erwartungen seien jedoch massiv enttäuscht worden. Die GEW lässt verlauten, die Art und Weise, wie nun zum wiederholten Male mit den Beamtinnen und Beamten umgegangen werde, habe die Gewerkschaften in höchstem Maße verärgert.

## Saarland

---

### Pension mit 63 unwahrscheinlich

Die Landesregierung nehme in Bezug auf die Übertragung des Rentenpakets auf die BeamtInnen des Saarlandes eine „abwartende Haltung“ ein, so ein Sprecher des zuständigen Innenministeriums. Aufgrund der angespannten Haushaltslage und den strengen Anforderungen des Stabilitätsrates bei der Beamtenversorgung bestünde kaum Spielraum für eine Absenkung des Pensionseintrittsalters für langjährige BeamtInnen. Wie viele der fast 14.500 Landesdiener die Möglichkeit des vorzeitigen Ruhestandes überhaupt in Anspruch nehmen könnten, sei allerdings nicht bekannt.

## Sachsen

---

### Start ins Schuljahr missglückt

Die GEW Sachsen zeigt sich angesichts des vom Kultusministerium geschnürten Maßnahmenpakets, mit welchem die Lehrerversorgung des Landes für das gerade begonnene Schuljahr sichergestellt werden soll, entsetzt. Es sei zweifelhaft, dass das nur schwer durchschaubare Paket aus unbefristeten und befristeten Neueinstellungen, Entfristungen, befristet umgewidmeten und entliehenen Stellen sowie aus Mitteln finanzierten Vertretungslehrern über das gesamte Schuljahr trägt. Insbesondere der hohe Anteil befristet abgeschlossener Verträge mit Nachwuchslehrkräften sei skandalös. Die neue Landesregierung habe



DGB-Vorsitzender und Verhandlungsführer der Gewerkschaften in NRW, Andreas Meyer-Lauber, Ministerpräsidentin Hannelore Kraft und die stellvertretende Ministerpräsidentin Sylvia Löhrmann (v.l.n.r.) präsentieren das Verhandlungsergebnis. Foto: Roberto Pfeil



nun in den anstehenden Haushaltsverhandlungen der Schaffung neuer dauerhafter Lehrerstellen ein hohes Gewicht beizumessen. Die Leistungen der älteren KollegInnen – insbesondere ihre Ausbildungsleistungen – müssen durch mehr Wertschätzung, eine gerechtere Bezahlung und eine Entlastung im Alter ernsthaft gewürdigt werden.

## Sachsen-Anhalt

### 67 nun auch in Sachsen-Anhalt

Von 2016 an soll auch das Pensionseintrittsalter der BeamtInnen Sachsen-Anhalts schrittweise um jeweils einen Monat angehoben werden. Betroffen sind die Geburtsjahrgänge ab 1951. Die Altersgrenze von 67 gilt demnach ab dem Jahr 2031 für alle. Davon ausgenommen sind die PolizistInnen im Vollzugsdienst sowie FeuerwehrbeamtInnen. Diese sollen allerdings künftig statt mit 60 erst mit

62 in den Ruhestand gehen können. Auch hier ist eine schrittweise Anhebung vorgesehen. Dies beschloss die schwarz-rote Landesregierung und begründet den Schritt mit der Anhebung des Rentenalters weswegen die Tarifbeschäftigten des Landes bereits bis zu ihrem 67. Lebensjahr arbeiten müssen. Die GdP Sachsen-Anhalt kritisiert den Gesetzentwurf, der noch im Landtag beraten und beschlossen werden muss, scharf. „Durch Wechselschichten und die besondere Belastung im Einsatz wird der Gesundheitszustand der Kollegen mit dem Alter zunehmend schlechter“, sagte ihr Landesvorsitzender Uwe Petermann. Dass Sachsen-Anhalt derzeit eines der letzten Länder ist, in denen die Altersgrenzen noch nicht angehoben wurden, lässt er nicht gelten. „Die Erfahrungen in anderen Ländern zeigen, dass die Beamten dann schneller krank werden und früher sterben. Dazu gibt es Untersuchungen“, so Petermann.



Foto: fotolia.de/auremar

DGB Das RentenPlus:  
Spezialtarif mit  
**40% Rabatt**



## DGB Das RentenPlus: Riester-Rente zum Spezialtarif

► **40 % Rabatt auf den Ausgabeaufschlag über die gesamte Laufzeit und alle Vorteile der UniProfiRente Select – der Riester-Rente vom Marktführer<sup>1)</sup>:**

- Lebenslang eine „exzellente Renten-Höhe“<sup>2)</sup>
- 100 % Garantie Ihrer Einzahlungen und staatlichen Zulagen zum Beginn der Auszahlphase. Während der Ansparphase unterliegt die Anlage marktbedingten Kursschwankungen.
- Wahlweises Ein- und Ausschalten der Gewinnsicherung
- Jederzeitige und unbegrenzte Einzahlungen

Ausführliche produktspezifische Informationen entnehmen Sie bitte den Sonderbedingungen zum Altersvorsorgevertrag. Hinweise zu Chancen und Risiken der zugrunde liegenden Fonds entnehmen Sie bitte den aktuellen Verkaufsprospekten, den Vertragsbedingungen, den wesentlichen Anlegerinformationen sowie den Jahres- und Halbjahresberichten, die Sie kostenlos in deutscher Sprache bei Ihrer BBBank eG, Herrenstraße 2–10, 76133 Karlsruhe (Telefon 07 21/141-0 oder [www.bbbank.de](http://www.bbbank.de)) oder über den Kundenservice der Union Investment Service Bank AG, Wiesenhüttenstraße 10, 60329 Frankfurt am Main, [www.union-investment.de](http://www.union-investment.de), Telefon 069/5 98 98-61 00, erhalten. Diese Dokumente bilden die allein verbindliche Grundlage für den Kauf. Stand: 15. Mai 2014.

**Jetzt informieren:**

[www.bezuegekonto.de](http://www.bezuegekonto.de) oder Tel. 0 800/40 60 40 160 (kostenfrei)



**Union Investment**

**BB Bank**

Die Bank für Beamte  
und den öffentlichen Dienst

<sup>1)</sup> Quelle: Eigene Berechnung auf Basis der Marktdaten der Riester-Anbieter, Stand: 31.12.2013.  
<sup>2)</sup> Quelle: Studie „Rendite und Renten-Höhe von Riester-Produkten“, Institut für Vorsorge und Finanzplanung GmbH, Stand: August 2012.



## Schleswig-Holstein

### Kritik an Inklusionskonzept

Die GEW erwartet in elementaren Punkten eine Überarbeitung des Inklusionskonzeptes der Landesregierung. So fehle eine personelle Unterfütterung mit Lehrerstellen völlig. „Was wir nach langem und intensivem Lesen im Inklusionskonzept gar nicht gefunden haben, ist ein Hinweis auf die dringend erforderlichen zusätzlichen Lehrerstellen, damit das Konzept einigermaßen erfolgreich umgesetzt werden kann. Das sind nach unseren Berechnungen mindestens 1.000 neue Lehrerstellen“, kritisierte der GEW-Landesvorsitzende Matthias Heidn die Kieler Pläne. Zudem seien die konzeptionellen und inhaltlichen Ideen teilweise unklar. Demnach fehlten etwa Angaben zur Rolle, Größe und den konkreten Aufgaben der sogenannten „Zentren für inklusive Bildung“. Positiv sei allerdings zu bewerten, dass die Landesregierung auch künftig Kinder mit be-

stimmten Förderbedarfen an Förderzentren unterrichten lassen möchte.

## Thüringen

### Arbeiten in Thüringen

Im Rahmen des DGB-Index „Gute Arbeit“ wurden im letzten Jahr 1.003 Beschäftigte aus Thüringen zur Qualität ihrer Arbeitsbedingungen befragt und die Ergebnisse nun veröffentlicht. Unter den Befragten befanden sich auch Beschäftigte aus der öffentlichen Verwaltung sowie dem Bereich Erziehung und Unterricht. Die Erhebung ergab für diese, dass die dort Tätigen eine besonders hohe Beschäftigungssicherheit verspüren. Auch schätzten sie die Einfluss- und Gestaltungsmöglichkeiten durch

die Mitarbeitervertretungen von allen Befragten am positivsten ein. Dies betreffe insbesondere die Regelungen zur Arbeitszeit und zum Überstundenausgleich. Bei der Frage der Angebote zur Gesundheitsförderung bewerteten Beschäftigte im Baugewerbe, im Handel und im Bereich Erziehung und Unterricht diese überdurchschnittlich schlecht, während die Beschäftigten im Bereich der öffentlichen Verwaltung die dortigen Angebote als überdurchschnittlich gut einschätzten. Die physischen wie psychischen Belastungen werden dort jedoch als besonders ausgeprägt empfunden. Zudem sei das Arbeitsklima nicht geeignet, um Probleme offen anzusprechen.



## AUSBILDUNG IM ÖFFENTLICHEN DIENST

Der Internetauftritt [www.ausbildung-im-oeffentlichen-dienst.de](http://www.ausbildung-im-oeffentlichen-dienst.de) steht im Mittelpunkt eines Projekts, das der Deutsche Beamtenwirtschaftsring e.V. (DBW) gemeinsam mit der HUK-COBURG ausrichtet. Die Website enthält u. a. Profile von Behörden und anderen Einrichtungen des öffentlichen Sektors mit allen wesentlichen Kontaktdaten. Mit einem Link gelangen die Besucher dann direkt zur behörden-eigenen Website.

Die Website bietet auch eine Stellenbörse für Auszubildende und Beamtenanwärter/innen, die von Behörden kostenfrei genutzt werden kann.



## Sanatorium DR. HOLLER



### Sanatorium Dr. Holler mit dem ganzheitlichen Ansatz...

„Weil wir den Menschen ganzheitlich sehen, behandeln wir ihn auch so“, nach diesem Leitmotto erfolgt die Behandlung und Betreuung im Sanatorium Dr. Holler.

Das kompetente Ärzte-Team und die bestens geschulten, langjährig tätigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, nehmen sich im Sanatorium Dr. Holler viel Zeit, um auf die persönlichen Wünsche der Gäste einzugehen. Für jeden Gast wird ein individueller Behandlungsplan erstellt, der, je nach Indikation, modernste Schulmedizin, homöopathische oder naturheilkundliche Behandlungsverfahren, beinhaltet. Mehr Informationen finden Sie unter:

[www.sanatorium-holler.de](http://www.sanatorium-holler.de)




 sucht kreative Köpfe

# Inklusion kommt – Vielfalt längst da



Die Inklusion in Berlin kommt nicht in die Gänge. Zwar stieg die Zahl der förderbedürftigen Kinder von 8.828 in 2008 auf heute 11.030 an, doch fehlt es nach Ansicht der GEW an einem hinreichenden Inklusionskonzept und folglich an dessen Umsetzung. Vielmehr wurde in diesem Schuljahr die Anzahl der Schulhelferstunden vielerorts sogar drastisch reduziert und die zusätzlichen Förderstunden für SchülerInnen mit Lernschwierigkeiten und Verhaltensauffälligkeiten auf maximal 1,5 Stunden pro betroffenem Kind herabgesetzt.

Die GEW Berlin hat nun eine Kampagne pro Inklusion gestartet und mahnt an, endlich zu handeln. „Das Thema darf nicht immer wieder verschoben werden. Die Lehrer brauchen jetzt

Hilfe und nicht erst in einigen Jahren“, so die Vorsitzende der GEW Berlin, Sigrid Baumgardt. Die ständige Verschiebung der Einführung der inklusiven Schulen durch den Senat sei keine Lösung. Die SchülerInnen und ihre Vielfalt seien längst da und die PädagogInnen gefordert. Die Schulen müssen nach Auffassung der Gewerkschaft zu einem Ort werden, an dem alle SchülerInnen mit ihren verschiedenen Fähigkeiten und Lebensbedingungen ihren Raum finden. Für ein Gelingen der Inklusion bedürfe es einer hinreichenden Qualifizierung, einer ausreichenden Finanzierung und Zeit. Man benötige multiprofessionelles Personal, ausreichend Material und Räume. Mit dem Kreativwettbewerb „Die Inklusion kommt – die SchülerInnen und ihre Vielfalt sind längst da!“ will die GEW

Berlin auf die Situation an den Berliner Schulen aufmerksam machen. Gesucht sind Bilder, Collagen, Karikaturen oder auch Plakate, die die Realität abbilden.

Die fünf Gewinnermotive erhalten ein Preisgeld von je 200 Euro, werden auf Postkarten gedruckt und dann mit Forderungen versehen an Berliner PolitikerInnen verschickt.

Die Werke müssen spätestens am 2. Oktober 2014 unter dem Stichwort „Kreativwettbewerb Inklusion“ bei der GEW in der Ahornstraße 5 in 10787 Berlin eingehen (per Mail an [info@gew-berlin.de](mailto:info@gew-berlin.de)).

Dort wird am 15. Oktober eine sechsköpfige Jury die Einsendungen auswerten und die GewinnerInnen auswählen. Die Preisverleihung ist für den 20. November geplant. Ab dem 21. November können alle Einsendungen im Rahmen einer Ausstellung nach vorheriger Anmeldung besichtigt werden.

Alle Infos im Internet unter [www.gew-berlin.de/11418.php](http://www.gew-berlin.de/11418.php)

# Nutzen Sie Ihren Status im öffentlichen Dienst für Ihre finanzielle Freiheit

## Beamtdarlehen mit Top-Konditionen für Beamte, Tarifbeschäftigte im öffentlichen Dienst und Akademiker

- ✓ Darlehen bis 60.000 EUR
- ✓ lange Laufzeiten von 12, 15 oder 20 Jahren – dadurch niedrige monatliche Belastung
- ✓ Zinsgarantie über die gesamte Laufzeit
- ✓ sofortige Darlehenstilgung im Todesfall durch Comfort-Rentenversicherung (in der monatlichen Rate inbegriffen)
- ✓ freier Verwendungszweck: auch zur Umschuldung laufender Ratenkredite
- ✓ unkomplizierte Abwicklung und schnelle Auszahlung

### Jetzt Angebot anfordern:

**NÜRNBERGER Beamten Lebensversicherung AG**  
Ostendstr. 100, 90334 Nürnberg  
Telefon: 0911 531-4871, Telefax: 0911 531-3457  
MBoeD@nuernberger.de

**INFO-SERVICE** INFO-SERVICE  
Öffentlicher Dienst/Beamte Fuchslochweg 1  
74933 Neidenstein

## UNSER ANGEBOT – IHR VORTEIL

–Anzeige–

### Betreutes Wohnen nach Ihren Wünschen

Unsere Seniorenresidenzen setzen bundesweit anspruchsvolle Standards für das altersgerechte Wohnen.



[www.augustinum.de](http://www.augustinum.de)

### Haut- und Atemwegserkrankungen

Sonne – Wind – Meer und das Fachklinikum Borkum sind Garant für Ihre Gesundheit.



[www.fachklinikum-borkum.de](http://www.fachklinikum-borkum.de)

### Chronische Haut- und Atemwegserkrankungen

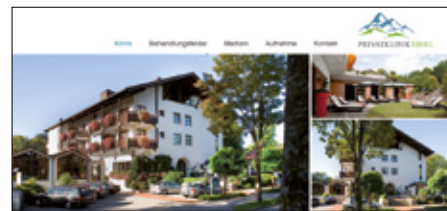
Ganzheitliches Therapiekonzept bei Atemwegserkrankungen und Allergien unter Einbeziehung des Ostseereizklimas.



[www.ostseeklinik-kuehlungsborn.de](http://www.ostseeklinik-kuehlungsborn.de)

### Privatklinik Eberl in Bad Tölz

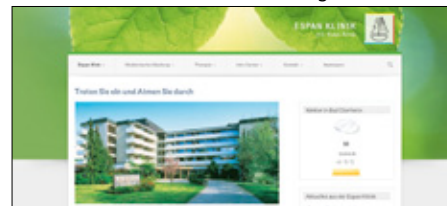
In traumhafter Alpenkulisse eine Auszeit von der Hektik des Alltags nehmen und Körper und Geist wieder aufleben lassen.



[www.privatklinik-eberl.de](http://www.privatklinik-eberl.de)

### Espan Klinik mit Haus ANNA

Fachklinik für Erkrankungen der Atmungsorgane  
Klinik für Anschlussheilbehandlung (AHB/AR)



[www.espan-klinik.de](http://www.espan-klinik.de)

Interesse an dieser attraktiven Werbeform? Sprechen Sie uns an:  
0211 72134571 oder per Mail: [kontakt@marketing-oeffentlicher-dienst.de](mailto:kontakt@marketing-oeffentlicher-dienst.de)

Schreibwettbewerb der **EVG**

# 25 Jahre Mauerfall



Am 9. November 2014 jährt sich der Fall der Berliner Mauer, die Öffnung der innerdeutschen Grenze, zum 25. Mal. An vielen Orten wird dieses Tages öffentlich gedacht – mit Festakten, Konzerten und anderen Veranstaltungen. In den Zeitungen und im Fernsehen erinnern uns Dokumentationen und Interviews an die ereignisreichen Tage rund um den Mauerfall. Bei Vielen werden eigene Erinnerungen wach: Wie habe ich

diese Zeit erlebt? Welche Hoffnungen aber auch Befürchtungen hatte ich? Zusätzlich zu den öffentlichen Gedenk-

und Festveranstaltungen, gibt es Initiativen, die sich mit den Auswirkungen der großen politischen Umwälzungen auf den (Arbeits-)Alltag des Einzelnen beschäftigen.

Die EVG fordert mit ihrem Schreibwettbewerb „25 Jahre Mauerfall: Wir suchen Deine Geschichte“ dazu auf, eigene Erinnerungen an den Mauerfall und das Ende der deutschen Teilung niederzuschreiben und einzusenden. Auch Fotos sind willkommen. Von besonderem Interesse ist dabei die Rolle, die Bahn und Eisenbahner spielten. Im Ankündigungstext des Wettbewerbs schreibt die EVG: „In vielen dieser Prozesse spielte die Bahn eine wichtige Rolle. Im Zug von Prag über Dresden nach Hof wurden Ausreisewillige „ausgebürgert“. Am Wochenende nach dem 9. November fuhren drei Millionen DDR-Bürger mit dem Zug nach Berlin oder in die BRD!“ Die interessantesten Einsendungen werden in der Mitgliederzeitschrift der EVG, imtakt, veröffentlicht.

Einsendung der Beiträge an:  
redaktion@evg-online.org

**www.evg-online.org**

► Newsticker

## Der Jahrestag des Mauerfalls in Berlin

Ein Höhepunkt des Jubiläumsprogramms in Berlin am 9. November 2014 wird die Lichtgrenze mit tausenden illuminierten Ballons entlang des ehemaligen Mauerverlaufs sein. Im Herzen der Stadt soll diese Licht-Installation auf dem rund 15 Kilometer langen Teilstück des ehemaligen Mauerverlaufs die einstige Zweiteilung Berlins nachzeichnen. Die Stadt lädt ihre Bewohner und Besucher hier zum Flanieren ein. Das Gemeinnützige Erholungswerk e.V. bietet allen Mitgliedern einer DGB Gewerkschaft eine Reise nach Berlin vom 6.-11. November 2014 zum Vorzugspreis an.

Weitere Infos unter [www.gew-ferien.de](http://www.gew-ferien.de)

Informationen zu den Veranstaltungen in Berlin:

[www.berlin.de/mauerfall2014/](http://www.berlin.de/mauerfall2014/)



## Literaturtipp

### Handbuch Dienstvereinbarung

Auf 538 Seiten bietet das „Handbuch Dienstvereinbarung“ PersonalrätInnen eine detaillierte, praxisorientierte Hilfestellung bei der Vorbereitung, Gestaltung und Anwendung von Dienstvereinbarungen. Es orientiert sich an den konkreten Handlungssituationen des Personalrats. Ein ausführliches Stichwortverzeichnis trägt zur guten Handhabbarkeit bei. Der Autor Norbert Wurga führt zunächst in die geltenden gesetzlichen und formalen Grundlagen von Dienstvereinbarungen ein und vermittelt das notwendige Know-how, um Vereinbarungen treffen zu können, die gegebenenfalls auch vor den Verwaltungsgerichten Bestand haben.



Den zweiten, weitaus umfangreicheren Teil des Buches machen Musterdienstvereinbarungen zu allen wichtigen Handlungsfeldern aus. Mit Hilfe der beigelegten CD-ROM lassen sich die Mustervereinbarungen einfach bearbeiten. Schwerpunkte sind betriebliche Gesundheitsförderung und betriebliches Eingliederungsmanagement, biometrische Kontrollen, digitale Personalakten, Dokumentenmanage-

mentsysteme, Social Media, Personalentwicklung, Videoüberwachung, Voice over IP und Zugangskontrollen.

Das Handbuch ist auch für BetriebsrätInnen geeignet: Sie können die Mustervereinbarungen – nach textlicher Anpassung – als Betriebsvereinbarungen nutzen. Norbert Wurga (2014): Handbuch Dienstvereinbarung, Bund-Verlag, 2. Aufl., 39,90 Euro, ISBN 978-3-7663-6255-1.

gen – nach textlicher Anpassung – als Betriebsvereinbarungen nutzen.

Norbert Wurga (2014): Handbuch Dienstvereinbarung, Bund-Verlag, 2. Aufl., 39,90 Euro, ISBN 978-3-7663-6255-1.

## Veranstaltung

### Personal- und Betriebsräteschulung des DGB Niedersachsen

„Mehr Mitbestimmung und bessere Gesundheit“ – zu diesem Thema findet am 25. September 2014 eine Schulung der Personal- und Betriebsräte des öffentlichen Dienstes im DGB-Haus in Hannover statt. Die rot-grüne Landesregierung hat in ihrer Koalitionsvereinbarung die Ausweitung der Mitbestimmungsrechte und eine bessere Gesundheitsförderung im öffentlichen Dienst als wichtige Eckpfeiler für die kommenden Jahre hervorgehoben. Vor diesem Hintergrund wird der DGB Niedersachsen bei seiner diesjährigen Personal- und Betriebsrätekonferenz diskutieren, welche Anforderungen die Gewerkschaften an ein modernes Personalvertretungsrecht und insbesondere an das niedersächsische Personalvertretungsgesetz haben. Außerdem ist durch Arbeitszeitverlängerung und Arbeitsverdichtung die Belastung für viele Beschäftigte in den vergangenen Jahren enorm gestiegen. Auf der Veranstaltung wird es darum gehen, welche Konsequenzen die Gewerkschaften daraus ziehen und welche Lösungsansätze es gibt.

Programm und Anmeldeformular unter [niedersachsen.dgb.de](http://niedersachsen.dgb.de)

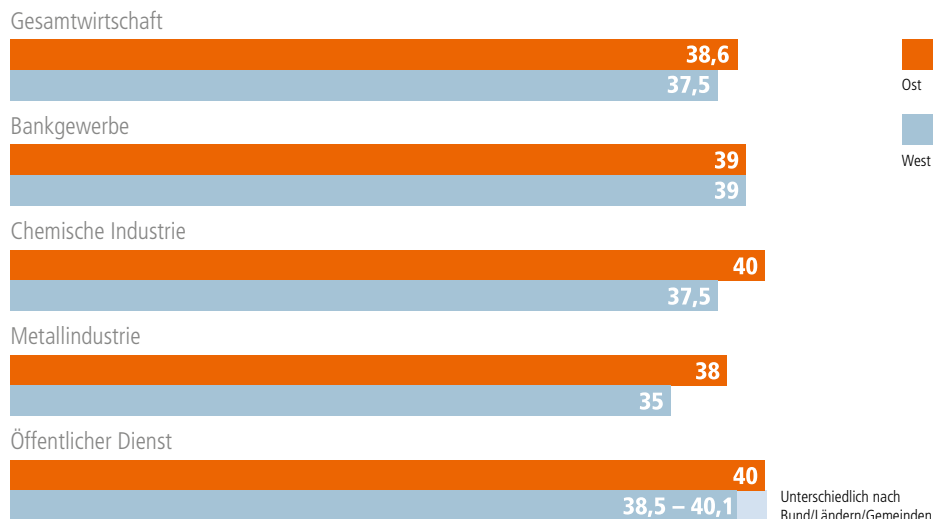
► Termine

## Zahlen, Daten, Fakten

### Tarifliche Wochenarbeitszeit

Der vom WSI-Tarifarchiv vorgelegte Arbeitszeitkalender dokumentiert die einzelnen Stufen der tariflichen Wochenarbeitszeitentwicklung seit Einführung der 40-Stunden-Woche in 25 Wirtschaftszweigen mit rund 14 Millionen Beschäftigten. Laut der aktuellen Ausgabe vom Juni 2014 beläuft sich die tarifliche Wochenarbeitszeit in Deutschland auf durchschnittlich 37,7 Stunden. In Ostdeutschland wird tariflich mit 38,6 Stunden länger gearbeitet als in Westdeutschland mit 37,5 Stunden. Die Unterschiede zwischen den 25 untersuchten Branchen und Tarifbereichen sind beträchtlich.

### So unterscheidet sich die tarifliche Wochenarbeitszeit 2014 in ausgewählten Branchen



Quelle: WSI-Tarifarchiv

# Sie geben alles. Wir geben alles für Sie: mit unserer privaten Krankenversicherung.

Spezialist für den Öffentlichen Dienst. **DBV**

**Die leistungsstarke Krankenversicherung zur Beihilfe, die Ihr gesundheitsbewusstes Verhalten belohnt.**

- ✓ Attraktive Rückerstattungen und Bonuszahlungen
- ✓ Günstige Ausbildungskonditionen für Beamtenanwärter
- ✓ Mit **gesundheitservice360°** für alle Gesundheitsfragen

Als Spezialversicherer exklusiv für den Öffentlichen Dienst geben wir alles für Sie. Lassen Sie sich jetzt von Ihrem persönlichen Betreuer in Ihrer Nähe beraten.

Mehr Informationen: [www.DBV.de](http://www.DBV.de)  
oder Telefon 0800 166 55 94.

Ein Unternehmen der AXA Gruppe



## Selbsthilfeeinrichtungen für den öffentlichen Dienst

Unser Angebot – Ihr Vorteil

### RatgeberService und AboService

JA, hiermit bestelle ich folgende Ratgeber:

- ... Ex. **Rund ums Geld im öffentlichen Dienst\***
- ... Ex. **Beamtenversorgung in Bund und Ländern\***
- ... Ex. **Beihilfe in Bund und Ländern\***
- ... Ex. **BerufsStart im öffentlichen Dienst\***

Jeder Ratgeber kostet 7,50 Euro (zzgl. 2,50 Euro Versand). \* Im AboService nur 5,00 Euro.



### OnlineService des DBW für nur 10 Euro

Neben dem RatgeberService und AboService informiert der DBW die Beschäftigten und ehemaligen Mitarbeiter des öffentlichen Dienstes auch im Internet über aktuelle und wichtige Themen. Mit dem OnlineService können Sie sich auf mehr als 20 Websites informieren. Das breite Themenangebot ist aktuell und übersichtlich gestaltet.

Wenn Sie sich für den OnlineService anmelden, erhalten Sie eine Zugangskennung mit der Sie auf allen Websites des DBW recherchieren können. Dort finden Sie auch Muster-Formulare und Checklisten als PDFs. Daneben können Sie auch vier Ratgeber als OnlineBücher lesen und ausdrucken, beispielsweise „Nebentätigkeitsrecht des öffentlichen Dienstes“, „Frauen im öffentlichen Dienst“, „Gesundheit von A bis Z“ und „Neues Tarifrecht für den öffentlichen Dienst“.

### Bestellung

per E-Mail: [info@dbw-online.de](mailto:info@dbw-online.de)  
per Telefon: 0211 7300335  
per Telefax: 0211 7300275  
Deutscher Beamtenwirtschaftsring e.V.  
Ratiborweg 1 · 40231 Düsseldorf

Noch schneller geht es online unter: [www.dbw-online.de](http://www.dbw-online.de)

Ich zahle / Wir zahlen per **Ermächtigung zur Lastschrift:**

Name, Vorname

Firma

Straße

PLZ, Ort

E-Mail

Konto-Nummer

BLZ

Bank

Unterschrift



## Private Krankenversicherung

Leistungsstarke Gesundheitsvorsorge  
für Beamte



**Die HUK-COBURG ist ein starker Partner, auch wenn es um Ihre Gesundheit geht:**

- Stabile und günstige Beiträge für Beamte und Beamtenanwärter
- Geld zurück: 4 Monatsbeiträge Rückerstattung bereits ab dem 1. leistungsfreien Kalenderjahr – Beamtenanwärter erhalten sogar 6 Monatsbeiträge Rückerstattung
- kompetent für den öffentlichen Dienst – die HUK-COBURG ist der größte deutsche Beamtenversicherer

**Wir beraten Sie gern:**

Adressen und Telefonnummern Ihrer Ansprechpartner finden Sie im örtlichen Telefonbuch oder unter [www.HUK.de](http://www.HUK.de).

**Oder rufen Sie direkt an: Telefon 09561 96-98221**

DEUTSCHER  
PERSONALRÄTE  
PREIS • 2014



Der Personalrat  HUK-COBURG



**HUK-COBURG**

Aus Tradition günstig